

CLAUS-DIETER KÖNIG

WESTAFRIKA: «WANN WERDEN DIE SCHÖNEN GEBOREN?»¹

In Westafrika leben in 15 Staaten über 260 Millionen Menschen, davon fast 150 Millionen in der Bundesrepublik Nigeria und nur etwa 530.000 auf den Kapverdischen Inseln. Etwa 500 Sprachen werden in der Region gesprochen. Die jüngere Geschichte kennt Militärdiktaturen, zivil gewählte Präsidenten und Afrikas erste Präsidentin sowie grausame Kriege, die mit Kindersoldaten geführt wurden. Politische Instabilität und Entwicklungsprobleme sind die Stichworte, die in Presse und Literatur als Urteil über die Region vorherrschen.

STAAT MACHEN IN WESTAFRIKA

Was in der politischen Analyse oft als «schlechte Regierungsführung» wahrgenommen wird, ist in der Realität eine umfassende Krise gesellschaftlicher Strukturen in den Ländern Westafrikas². Während bedingt durch Strukturanpassungsprogramme und die global vorherrschenden Ideologien die Staatsaufgaben systematisch abgebaut werden, bleibt die Demokratisierung reduziert auf den Aspekt der periodischen Wahl von Legislative und exekutiven Führungspersonen. Zudem konzentriert sich die Macht bei der präsidialen Regierung, was durch die institutionelle Struktur der Staaten vorgegeben sowie durch klientelistische Einbindung der Parlamentarier und der freilich wenigen Parlamentarierinnen abgesichert wird. Folge ist meist eine faktische Aushöhlung parlamentarischer Kontrolle.

In Westafrika ist «schlechte Regierungsführung» Symptom einer tiefer liegenden Krankheit. Schon allein der Umstand, dass sich so häufig die «schlecht Führenden» als Regierende durchsetzen, verweist auf strukturelle Ursachen. Als Therapie reicht deshalb die reine Verbesserung der Führungs- und/oder Kontrollkompetenzen mit dem Ziel (verbesserter) «guter» Regierungsführung nicht aus. Vielmehr muss zunächst diagnostische Arbeit geleistet und das Krankheitsbild besser verstanden werden. In diesem Falle heißt das, die Krise staatlicher Strukturen in Westafrika zu analysieren und sie auf ihre Bedeutung für die Ausprägung von Demokratie hin zu durchleuchten.

Ein Element dieser Strukturkrise ist das «Disengagement of the state from society»³. Die Konzeption des «Development

State» sah den Staat in zentraler Verantwortung für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die neoliberale Offensive, in Afrika vor allem umgesetzt als dirigistischer Einfluss von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank und meist in der Form von Strukturanpassungsprogrammen, hat den Staat umfassend aus der gesellschaftlichen Gestaltung gedrängt. Diese Verdrängung ist oft weitreichender als dies im Europa westlich des ehemaligen «Eisernen Vorhangs» möglich gewesen wäre. So ist z. B. die Vernachlässigung des Bildungssektors, insbesondere der ländlichen Schulen, und der Universitäten eklatant. In der Kulturförderung, ein anderes Beispiel, sind faktisch nur noch kommerzielle Sponsoren und ausländische Geber und Kulturinstitute sichtbar, westafrikanische Regierungen und eine ihnen eigene Kulturpolitik jedoch nicht. Vor allem aber gilt auf der ökonomischen Ebene: Überlebenssicherheit gewinnen die Menschen in Westafrika weder durch staatliches Handeln noch aus dem industriellen Sektor, sondern vielmehr aus dörflich-patriarchaler Subsistenzlandwirtschaft und ihr ähnelnden urbanen Formen des Wirtschaftens, aus Solidarstrukturen der Familie, aus Netzwerken von in der Hauptstadt lebenden und aus einem Dorf stammenden Personen⁴, die nicht selten feste organisatorische Strukturen herausgebildet haben, sowie aus sogenannten Selbsthilfevereinen, die aber faktisch häufig sehr extrovertiert, mit dem Ziel externe Mittel zu akquirieren, agieren.

Voraussetzung für eine wirksame demokratische Gestaltung des Gemeinwesens ist jedoch, dass es sich für die Menschen lohnt, sich daran zu beteiligen. Nur wenn ein engagierter Staat aktiv Lenkungsfunktionen wahrnimmt, kann erwartet werden, dass seine Bevölkerung motiviert ist, ihn sich durch Wahrnehmung demokratischer Rechte und vielfältige For-

¹ «The Beautiful Ones Are Not Yet Born» – «Die Schönen sind noch nicht geboren» Romantitel des ghanaischen Autors Ayi Kwei Armah. ² Wenn hier und in der Folge von Westafrika die Rede ist, so lediglich weil diese Region Gegenstand dieses Beitrages ist. Vieles stellt sich auch im restlichen Afrika und über Afrika hinaus ähnlich dar. ³ Siehe Bierschenk/de Sardan: Powers in the Village: Rural Benin between Democratisation and Decentralisation. In: Africa 73 (2), 2003. ⁴ Diese Solidarstrukturen beruhen zu einem beträchtlichen Teil auf informellem Zwang – Vgl. statt anderer: Goldberg, J.: Afrika im Weltkapitalismus. Überleben im Goldland, isw-report Nr. 72, München 2007, S. 19–26.

men politischen Handels anzueignen. In seiner durch Strukturanpassung und neoliberale Offensive verunstalteten Form stellt der Staat für die Menschen in Westafrika etwas Fremdes und potenziell Feindliches dar. Selbst in klassischen staatlichen Handlungsfeldern fehlen in der Regel Strategien, die auch wirksam umgesetzt werden können. Stattdessen ist der Staat doppelt privatisiert. Diese Privatisierung ist «doppelt», weil einerseits viele Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge (Wasser, Landwirtschaftspolitik etc.) privatisiert sind und andererseits Machteliten in Westafrika – meist konzentriert um den Präsidenten – staatliche Ressourcen zur privaten Bereicherung oder Sicherung des persönlichen Anspruchs auf Machtausübung nutzen, bis hin zu teils erfolgreichen Versuchen, familiäre Dynastien oder Quasi-Erbfolgen für das Präsidentenamt zu etablieren.

Staatliches Handeln dient also einerseits der Enteignung der Gesellschaft von Land, Wasser, anderen Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge oder vermarktbareren Ressourcen zugunsten einer Anhäufung von Werten im Sinne einer ursprünglichen Akkumulation⁵. Diese enteignende Akkumulation gewinnt global an Bedeutung. Politik dreht sich dabei um die Kontrolle von über den Weltmarkt in Wert gesetzte Ressourcen, und weil es dabei um sehr viel Geld und Macht geht, ist grundsätzlich jedes Mittel recht.

Andererseits dient staatliches Handeln dem Aufbau von klientelistischen Netzwerken und der klientelistischen Legitimation der meist sich im Präsidentenamt verdichtenden Macht. Was «klientelistische Legitimation» ist, illustriert das Beispiel staatlicher Entwicklungsprojekte, die gezielt als Belohnung für Städte und Regionen eingesetzt werden, deren Wahlbevölkerung die Herrschenden unterstützt.

Ein formales und auf Wahlen sich beschränkendes Demokratieverständnis führt in diesem Kontext zwangsläufig zu «schlechter Regierungsführung». Bleibt Demokratisierung so gesehen an der Oberfläche, verstärkt sie eher noch die Krise westafrikanischer Staatlichkeit.

Notwendig ist vielmehr die Entwicklung eines umfassenden Demokratieverständnisses und einer demokratischen Praxis im Sinne einer Aneignung gesellschaftlicher Gestaltung durch die Bevölkerung in vielfältigen, auch zivilgesellschaftlichen Handlungsformen. Stattdessen bedingt der privatisierte Staat, dass die Versuche der Dezentralisierung staatlicher Kompetenz letztlich erfolglos bleiben. Sie leiden generell darunter, dass dezentralen Strukturen zwar Zuständigkeiten übertragen, die dafür notwendigen personellen und finanziellen Mittel jedoch nicht zur Verfügung gestellt werden. Weil sie im Rahmen klientelistischer Legitimation wichtig sind, behalten die zentralstaatlichen Institutionen diese Mittel unter direkter Kontrolle. Resultat ist eine weitere Verschlechterung staatlicher Dienste, wie weitverbreitet z. B. in der Gesundheitsvorsorge und -versorgung beobachtet werden kann. Aufgefangen wird dies dort, wo es den lokalen Verwaltungen gelingt, «Entwicklungs»partner, also internationale NRO, für die Zusammenarbeit zu gewinnen. Diese Bemühungen waren in der Vergangenheit oft erfolgreicher, als Versuche, die notwendigen Mittel vom Staat zu erhalten. Der Erfolg der Kommunalpolitik ist damit direkt von den zumeist externen Mitteln abhängig, die die Bürgermeister oder Präsidenten des Landgemeinderates einwerben konnten und weniger von der Versorgung durch staatliche Zuweisungen.

Resultat ist eine Fragmentierung und Informalisierung politischer Praktiken vor Ort. Nichtregierungsorganisationen (NRO) ersetzen staatliches Handeln und eine starke Abhängigkeit von externer Entwicklungsfinanzierung entsteht⁶.

In Westafrika hat sich im Jahr 2009 – dort wo gewählte Präsidenten an der Macht sind – das oben beschriebene strukturelle Versagen zugespitzt. Zum Teil schon drei Jahre vor der nächsten Wahl fokussieren sich das staatliche Handeln und der politische Diskurs auf die Frage der Wiederwahl des amtierenden Präsidenten. Ein Aspekt des privatisierten Staates ist somit die Personalisierung von Politik.

Da Oppositionsparteien selten ein schlüssiges und wirklich differierendes inhaltliches Programm anbieten können, sondern lediglich andere Personen zur Wahl präsentieren, mangelt es den Wahlkämpfen an inhaltlichen Debatten und einem Diskurs um politisch-strategische Weichenstellungen. Sie beschränken sich auf moralische Kritik am Amtsträger und das Auflisten von dessen korruptiven Praktiken, persönlichen Unzulänglichkeiten, moralischen Fehlern etc. Der vorhandene Rest eines demokratischen Prozesses wird dadurch jeglichen Gehaltes entleert.

So hat zum Beispiel im Senegal spätestens mit den Kommunalwahlen vom März 2009 der Wahlkampf für die erst 2012 geplanten Präsidentschaftswahlen begonnen und zum Jahresende hat Amtsinhaber Abdoulaye Wade bereits seine erneute Kandidatur angekündigt. Im Kampf um die Macht ist oft jedes Mittel Recht. Dabei wird zu Legitimationszwecken versucht, die demokratische Fassade zu wahren. So hat im Niger Präsident Mamadou Tandja am 4. August 2009 in einem Referendum eine Verfassungsänderung erwirkt, die ihm eine dritte Amtszeit ermöglichen soll. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) bezeichnet das Referendum als verfassungswidrig und hat nach den Parlamentswahlen vom 20. Oktober die Mitgliedschaft des Niger suspendiert. Tandja provozierte damit den erfolgreichen Putsch führender Militärs gegen ihn am 18. Februar 2010.

Personalisierung der Politik bedeutet zusammen mit dem Klientelismus staatlichen Handelns, dass zunehmend Regionalismus und Ethnizität als Mittel der Politik geschürt werden, wodurch die «nationale Einheit» der Staaten in Frage gestellt wird und Dynamiken entstehen können, die zu politischer Gewalt, Vertreibungen und internen Kriegen führen können⁷. In Benin z. B. beschuldigt Präsident Boni Yayi die im Süden des Landes Lebenden, die Bewohner des Nordens, aus dem er selbst kommt, systematisch zu hintergehen.

Für Postkonfliktgesellschaften bedeutet dies, dass lokale Milizen wie z. B. die des Nordens in Côte d'Ivoire, dauerhaft mächtig bleiben, weil sie durch politisch geschürten Regionalismus eine Legitimität erlangt haben, die kaum auf schwächeren Füßen steht als die der Zentralregierung.

⁵ Ausbeutung von Arbeitskraft im Produktionsprozess, um Mehrwert im Marx'schen Sinne zu erzeugen, spielt dabei eine sekundäre Rolle. Diese findet im global vernetzten Wirtschaften andernorts statt. ⁶ Siehe auch Bierschenk/de Sardan: a. a. O. Zu Recht weisen sie auf die Verwässerung von Machtstrukturen auf der lokalen Ebene hin. Allerdings wäre zu diskutieren, ob die festgestellte immer wiederkehrende Notwendigkeit des Aushandelns zwischen verschiedenen Akteuren nicht auch positive Wirkung hat. Dies wäre dann der Fall, wenn man konstante Aushandlungsprozesse, an denen auch nichtstaatliche Organisationen beteiligt sind, als Kennzeichen einer Demokratisierung des Gemeinwesens versteht. ⁷ Mit den so genannten «Bürgerkriegen» haben die Bürger und Bürgerinnen oft genauso wenig ursächlich zu tun wie mit zwischenstaatlichen Kriegen. Präziser ist daher der Begriff «interner Krieg». Der offizielle Begriff der Genfer Konventionen lautet «nicht internationaler bewaffneter Konflikt».

Doch bleibt es nicht immer beim Erhalt formaldemokratischer Institutionen. So gelangte im Jahr 2009 in Guinea mit Dadis Camara eine Person ins Amt des Staatschefs, die Ende 2008 durch einen Staatsstreich an die Macht kam. Er wurde jedoch seinerseits bei einem Mordanschlag am 3. Dezember 2009 so stark am Kopf verletzt, dass er im Ausland behandelt werden musste. General Sékouba Konaté hat seitdem die Führung der Militärjunta übernommen.

Die Methode, einen Regimewechsel durch Staatsstreich herbeizuführen, wird ermutigt, wenn es den durch Putsch an die Macht gekommenen in der Folge gelingt, ihre Macht durch Wahlen zu legitimieren. Dies ist im Juli 2009 Abdel Aziz in Mauretanien gelungen, der sich im August 2008 an die Macht geputscht hatte. Trotz anfänglicher Ablehnung der von ihm gewonnenen Wahlen durch die internationale Gemeinschaft kann Aziz inzwischen als diplomatisch anerkannter Präsident gelten.

Es ist davon auszugehen, dass Camara in Guinea ein ähnliches Ziel verfolgte. Bis zum Massaker vom 28. September 2009 an Beteiligten einer gegen die Regierungsjunta gerichteten Demonstration (mit mindestens 150 Todesopfern) gelang es ihm immerhin, mit der Ankündigung von Wahlen noch 2009, an denen er selber nicht teilnehmen wolle, sich von innen wie außen Unterstützung zu organisieren. Gleichzeitig versuchte er, einen Kult um seine Person zu entfalten und vieles spricht dafür, dass er die eigene Kandidatur vorbereitet hat.

In Guinea-Bissau wurde am 2. März 2009 der amtierende Präsident Nino Vieira ermordet, nachdem Tags zuvor der als sein Widersacher geltende Stabschef der Armee Batista Tagwe na Waie durch eine Bombe getötet wurde. Viele sahen Nino Vieira als Drahtzieher des Bombenattentats. Die Nachfolge vollzog sich allerdings verfassungsgemäß und der Parlamentspräsident Raimundo Pereira wurde Interimspräsident. Am 28. Juni 2009 fanden schließlich die eigentlichen Präsidentschaftswahlen statt, in deren Vorfeld der Kandidat Baciro Dabo durch Sicherheitskräfte ermordet wurde. Ihm wurde vorgeworfen, einen Putsch vorbereitet zu haben. In der Stichwahl vom 26. Juli setzte sich schließlich Malam Bacai Sanhá durch.

Guinea-Bissau ist ein Land, in dem der privatisierte Staat selbst zur Ressource geworden ist, da seine Beherrschung es den mit hoher krimineller Energie ausgestatteten Machthabern ermöglicht hat, das Land zu einem wichtigen Umschlagsplatz des internationalen Drogenhandels zu verwandeln. Dazu müssen Polizei und Armee zumindest teilweise mit den Drogenhändlern kooperieren. Ein militärischer Putsch in diesem Land ist deshalb ständig latent, denn in der Konkurrenz um lukratives Partizipieren am Drogenhandel können Fraktionen der Streitkräfte untereinander oder mit der Regierung in Konfrontation geraten.

Eine ähnliche Koalition gibt es in Nigerias Niger-Delta: Regierung und Polizei der Bundesländer des Deltas sind nach vorliegenden Informationen nicht selten an Erdölpiraterie und Entführungserpressungen beteiligt.

DIE GLOBALEN KRISEN UND WESTAFRIKA

Über mehrere Wirkungszusammenhänge sind die globalen Krisen in Afrika spürbar. Ein wichtiger ist der deutliche Einbruch der Rohstoffpreise seit Juli 2008 als Folge der nachfragebedingten Verringerung industrieller Produktion. Verstär-

kend kommt hinzu, dass zunehmende Spekulation mit Rohstoffen die Anfälligkeit der Märkte für Preisschwankungen erhöht hat. Damit verringert sich der Einfluss vieler afrikanischer Volkswirtschaften auf wichtige Parameter ihrer Entwicklung noch weiter, kurz: die Preise für die Exportprodukte, von denen die Staatseinnahmen abhängen, schwanken stark und sind nicht kontrollierbar, so dass eine Entwicklungsplanung nicht möglich ist.

Krisenbedingt war auch ein starker Rückgang ausländischer Direktinvestitionen, der sogar zu einer Umkehrung der privaten Nettokapitalströme führte, also zu einem Abfluss von Kapital aus Afrika. Viele Projekte des Rohstoffabbaus wurden gestoppt, weil sie angesichts des Preisverfalls nicht mehr rentabel waren. Der Nettokapitalrückfluss wiederum hat afrikanische Währungen unter Druck gesetzt, da er eine verstärkte Nachfrage nach US-Dollar und Euro zur Folge hatte. Beachtet werden muss dabei, dass Interventionen von Zentralbanken auf Währungsmärkten in vielen Fällen staatliche Mittel zugunsten des spekulativen Kapitals aufzehren. Um derartige Interventionen überhaupt erst zu ermöglichen, werden Währungsreserven gebildet, die staatliche Mittel binden. Die Zentralbank westafrikanischer Staaten (BCEAO), die den Franc CFA herausgibt, hinterlegt zudem mindestens 50 Prozent ihrer Devisen beim französischen Schatzamt. Ihre Mitgliedsstaaten haben sich zur Einhaltung von Konvergenzkriterien verpflichtet, die staatliche Spielräume in der Fiskalpolitik weiter einschränken. Diese werden zwar nicht konsequent eingehalten, sie haben aber insgesamt dazu beigetragen, eine restriktive Budgetpolitik durchzusetzen.

Spürbar für die Binnennachfrage war auch der Rückgang der Überweisungen von Arbeitsmigrantinnen und -migranten in ihre Heimatländer sowie der Rückgang des Tourismus, beides sind direkte Folgen der Arbeitslosigkeit und der sinkenden Realeinkommen in Europa.

In vielen Fällen scheiterte die Emission von Anleihen afrikanischer Staaten und Unternehmen wie z. B. eine Emission von Ghana Telecom-Aktien in Höhe von 300 Mio. US-Dollar. Damit bleiben entsprechende Investitionen aus.

Aus der Krise folgende Entwicklungen bergen zudem das Risiko, dass einheimische Firmen in afrikanischen Ländern keine Kredite mehr erhalten und in Konkurs gehen müssen. Wenn ausländische Unternehmen die einheimischen Firmen übernehmen oder durch Belieferung der entstandenen Marktlücken ersetzen, ist dies später kaum mehr umkehrbar, mit der Konsequenz, dass weitere wirtschaftliche Sektoren maßgeblich von außen determiniert werden. Ursachen sind krisenbedingte Währungsabwertungen sowie die Verlagerung von Finanzkapital in den Norden innerhalb global verbundener Bankenkonkordate. Ohnehin machen viele afrikanische Banken ihr Hauptgeschäft nicht mit der Vergabe von Krediten, sondern als Investitionsbanken. Dies gilt insbesondere für transnational tätige Banken, deren Gewinne in Afrika im Rahmen der Krise nicht vor Ort reinvestiert, sondern zur Stützung der Stammhäuser abgezogen wurden.

Darüber hinaus hat die Krise eine Zunahme der Währungsvolatilität ausgelöst. Die in der Krise noch gesteigerte Anfälligkeit zunächst des US-Dollars und später auch des Euro hat (schon vor der Krise) dazu geführt, dass afrikanische Länder ihre Währungsreserven erhöht und diversifiziert haben (durch Reservehaltung vor allem in Euro). Ein schwacher US-Dollar bedeutet neben dem Sinken der Exporteinnahmen auch eine

Verringerung des Schuldendienstes, wirkt sich also unterschiedlich auf verschiedene Sektoren und Länder aus.

Das Potenzial westafrikanischer Länder, auf die Krise zu reagieren, ist verglichen mit den Krisenreaktionen in Europa und den Vereinigten Staaten gering. Kein Land hat die finanziellen Mittel, hunderte Milliarden schwere Konjunkturprogramme aufzulegen. Reagiert wurde im Rahmen der Möglichkeiten und nicht selten bis zur Ausschöpfung der Spielräume wie dem Einsatz der Währungsreserven, mit Maßnahmen der Fiskalpolitik, mit einer expansiven Geldpolitik sowie der Regulierung der Finanzmärkte und des Banksektors.

Es gibt Anzeichen, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 für Afrika den Einstieg in eine erneute Verschuldungskrise zur Folge haben könnte. Einige Staaten sind bereits fast zahlungsunfähig. In einigen Fällen wie Senegal oder Côte d'Ivoire haben Kreditzusagen des IWF die Lage etwas entspannt.

Nachdem Nigeria 2006 die letzten Schulden gegenüber den im Pariser Club organisierten Staaten beglichen hatte, ist nach der Aufnahme neuer Anleihen beim chinesischen Staat und der Weltbank mit dem Aufbau einer neuen krisenhaften Staatsverschuldung zu rechnen. Noch Mitte 2008 wurde über die Verwendung der aus dem hohen Ölpreis resultierenden Überschüsse gestritten, doch das Jahr 2009 begann mit einem Ölpreis, der noch unterhalb dessen lag, was bei den Budgetberechnungen angesetzt wurde, der sich allerdings im Jahresverlauf erholte. Das Repräsentantenhaus sah sich dadurch veranlasst, am 23. Juli den Stopp weiterer Kreditaufnahmen zu verlangen und bezeichnete die Art und Weise wie Kredite bis dahin aufgenommen wurden als «dubios, dunkel und korrupt».

In Benin hat eine Prüfung durch den IWF 2009 ergeben, dass weit unterhalb der Erwartungen liegende Saatseinnahmen und krisenbedingte außerplanmäßige Ausgaben das Land in eine prekäre Situation gebracht haben. Da der Staat fällige Zahlungen an viele Kleinunternehmer monatelang hinauszögert, verschärft dies noch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und bedroht deren Existenz.

VERHANDLUNGEN ZUM WELTHANDEL

Vor dem Hintergrund noch genauer zu erfassender Auswirkungen der Finanzkrise wurden 2009 Verhandlungen zu Handelsvereinbarungen und insbesondere die DOHA-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) wieder aufgenommen, nachdem sie wegen der Häufung von Wahlen in Indien über USA bis zur EU etwa ein Jahr lang faktisch nicht weiter geführt worden waren. Weiterhin ist aber von den Industrieländern nur ein geringes Entgegenkommen bezüglich der Verringerung von landwirtschaftlichen Zöllen und Subventionen zu erwarten. Gleichzeitig sieht es weiterhin danach aus, als wollten die Industrieländer den «Entwicklungs»ländern bei deren Forderung nach «Special Safeguard Mechanisms» nicht entgegenkommen. Dabei handelt es sich um die Möglichkeit auf plötzliche Steigerungen der Importe, wenn sie einheimische Produzenten gefährden, mit Schutzzöllen zu reagieren.

Ohne solche Schutzzölle wird aber die Importabhängigkeit des lokalen Konsums steigen und damit die Anfälligkeit des Landes gegenüber globalen Preissteigerungen – mit direkten Auswirkungen auf die Kaufkraft. Da schwindende Kaufkraft in Westafrika zunehmend zu einem politischen Thema insbe-

sondere der städtischen Armen geworden ist, ist es geboten, die Bevölkerung über die Zusammenhänge zwischen ihren Alltagsproblemen – die sie zum Teil ja schon zu Protesten herausgefordert haben – und den vermeintlich soweit von ihrem Alltag entfernten Verhandlungsthemen aufzuklären.

Spekulatives Kapital orientierte sich ebenfalls zunehmend auf den Nahrungsmittelsektor, denn die Risiken im Finanzsektor wurden selbst für diese «Investoren» zu groß. Termingeschäfte auf Nahrungsmittel waren ein wichtiger Grund für die Preissteigerung bei Nahrungsmitteln auf den Weltmärkten. Die Vereinten Nationen gehen im World Economic Situation and Prospects 2009 von einer Steigerung der extremen Armut um acht Prozent im Afrika südlich der Sahara aus, wodurch die Nahrungsmittelpreissteigerung die Erfolge bei der Armutsreduzierung zwischen 1990 und 2004 wieder zunichte gemacht hätte.

Dass im Krisenfall hohe Profite winken, hat die Nahrungsmittelkrise 2008 ebenfalls gezeigt, denn die Nahrungsmittelkonzerne hatten 2008 einen hohen Gewinnzuwachs zu verzeichnen.

Die Nahrungsmittelkrise ist keinesfalls vorbei. Vielfach halten sich die Preise langfristig auf hohem Niveau bzw. eine längerfristige Tendenz der Nahrungsmittelpreiserhöhung setzt sich nach Rückgang der Preisspitzen von 2008 durch. Dies lässt sich z. B. daran ablesen, dass die internationalen Getreidepreise weiterhin zwischen 30 und 50 Prozent oberhalb des zehnjährigen Durchschnitts liegen. Hier handelt es sich allerdings um die Preise auf den internationalen Märkten, die nur begrenzt Aussagen über Endverbraucherpreise zulassen. Es wird aber vermutet, dass insbesondere Konsumentinnen und Konsumenten mit niedrigem Einkommen mit relativ hohen Preissteigerungen zu kämpfen haben.

«THE NEW SCRAMBLE FOR AFRICA» – GROSSFLÄCHIGE ANEIGNUNG VON AGRARLAND DURCH AUSLÄNDISCHE FIRMEN UND STAATSFONDS

In großem Ausmaße wird momentan in Westafrika landwirtschaftlich nutzbares Land von international agierenden Agrarfirmen und ausländischen staatlichen Gesellschaften aufgekauft bzw. langfristig gepachtet. In Mali hat das Office du Niger, das die fruchtbaren Länder im Bereich des Binnendeltas des Niger verwaltet, Landflächen von mehr als 160.000 Hektar an ausländische Firmen und Staatsfonds vergeben, zumeist als Pacht für 99 Jahre. Darüber hinaus besteht für mindestens dieselbe Fläche Interesse von ausländischen Firmen. Ansässige Landwirte rechnen nun mit der Vertreibung von dem Land, das ihnen ein Auskommen sichert. Auch ist die Versorgung ihrer Länder mit Wasser gefährdet, denn es sind massive Kanalbauten begonnen worden, um die agroindustriellen Plantagen zu bewässern. Schließlich ist möglich, dass genetisch modifizierte Reissorten zum Anbau kommen, die dann eine Bedrohung für die Vielfalt einheimischer Reissorten bedeuten. Schließlich hat man im Mali mit dem Anbau und der Vermarktung lokaler Reissorten jüngst Erfolge gefeiert, die bedroht sind, wenn genetisch modifizierte Sorten in räumlicher Nähe angebaut werden. Die großflächige Landvergabe konterkariert das Ziel der Nahrungsmittelsouveränität, das Mali im Gesetz über Landwirtschaftliche Entwicklung (Loi d'Orientation Agricole) festgeschrieben hat. Die agroindustriellen Investoren wollen vor allem Zuckerrohr und Son-

nenblumen für Agrotreibstoffe und Reis anbauen. Der Klimawandel bedingt auch in Mali eine Degradation landwirtschaftlich genutzter Böden, so dass der großflächige Aufkauf der besten Flächen durch die Agroindustrie umso schwerer wiegt. Auch in Ghana, im «Musterland» formaler Demokratie, bedeuten Menschenrechte wenig, wenn sie den Interessen der internationalen Kapitalverwertung im Wege stehen. Das ist dort zu sehen, wo in Ghana mineralische oder agrarische Ressourcen für den Weltmarkt interessant geworden sind. Über 20 verschiedene Firmen erwerben momentan in Ghana Farmland für den Anbau von Ölpflanzen für Agrotreibstoffe. Im Norden Ghanas wird in diesem Zusammenhang von Vertreibungen von Kleinbäuerinnen und -bauern berichtet. Dort verwalten meist lokale traditionelle Herrscher das Land für ihre Dörfer. Oft sind die Besitztitel für das Gemeinschaftsland auch auf Ihren Namen ausgestellt. Wenn sie das Land verkaufen, verlieren die kleinbäuerlichen Haushalte ihre Lebensgrundlage.

Hinter diesen Erwerbungen stehen einerseits längerfristige Strategien, denn es ist beim weltweiten Rückgang mineralischer Ressourcen insgesamt zu erwarten, dass zunehmend Verfahren entwickelt werden, mit deren Hilfe landwirtschaftliche Produkte mineralische Rohstoffe ersetzen können. Stellt sich dies ein, ist von einer global umfassenden Landverknappung auszugehen. Allein die ja bislang nur geringfügige Substitution von mineralischen Treibstoffen durch agrarische Treibstoffe ist inzwischen als wichtige Ursache der Nahrungsmittelkrise 2008 ausgemacht worden, man geht davon aus, dass sie für 65 bis 75 Prozent der Preissteigerungen für Nahrungsmittel im Jahr 2008 verantwortlich war. Sollten solche Substitutionen auch bei anderen mineralischen Rohstoffen zunehmend technisch möglich werden, wird Land zur strategischen Ressource. Es wird schon von der «next golden commodity» geredet. Aber auch kurzfristige Logiken haben zu dem Investitionsboom in Land geführt. Als Folge der Finanzkrise und allgemein der sinkenden Realzinsen ist die Suche nach relativ sicheren Anlagemöglichkeiten für freie Finanzmittel groß.

SOZIALE PROTESTE

Vielerorts führen die dauerhaft hohen Lebenshaltungskosten, vor allem bedingt durch hohe Nahrungsmittelpreise, zu sozialen Protesten. Von der Bevölkerung durchaus wahrgenommen wird dabei, dass Preiserhöhungen, die zunächst durch die Ölpreissteigerungen bedingt waren, nicht zurückgenommen wurden, als der Weltmarktpreis für Öl wieder gesunken war.

In Burkina Faso z. B. organisierten 2009 Gewerkschaften, die sich in der Nationale Koalition gegen hohe Lebenshaltungskosten, Korruption und Straflosigkeit (von Amtsträgern) zusammengefunden hatten, Streiks und Proteste.

Veränderungen im politischen Alltagsbewusstsein sind schwer messbar. Beobachter schätzen allerdings, dass die Bevölkerung aufgrund der gerade für sie spürbaren Krisenphänomene aufmerksamer geworden ist und ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber ihren Regierungen, deren wirtschaftspolitischer Orientierung und globalen ökonomischen Mechanismen entwickelt hat. Dies ist, wenn überhaupt vorhanden, allerdings bestenfalls diffus und es sind keine daran anknüpfenden politischen oder zivilgesellschaftlichen Akteure mit einer langfristigen Handlungsperspektive erkennbar.

GEWALT UND MILITARISIERUNG

Nigeria ist nicht nur Afrikas bevölkerungsreichster, sondern wahrscheinlich auch an aktuellen politischen Auseinandersetzungen reichster Staat. Die Privatisierung des Staates, vor allem in der Form des Pfründenkapitalismus, bleibt dabei eines der bestimmenden Momente. Die Frage der Verwendung der Erlöse aus der Ölförderung im Niger-Delta und welche Art von Konfliktlösungen dort gefunden werden können, bleibt eine der Hauptdeterminanten der nigerianischen Politik. Social Action, eine politische Organisation im Niger-Delta, berichtet eine Zunahme von Konflikten innerhalb und zwischen Dorfgemeinschaften, die oft in wahre Kriege münden, Todesopfer gefordert und ganze Dörfer zerstört zurückgelassen haben. Als Ursache der Konflikte sieht Social Action eine bewusste Politik der Spaltung der Bevölkerung durch die Ölkonzerne und die Regierung, deren Mittel das Anheuern von lokaler Bevölkerung als Sicherheits- und Überwachungskräfte sowie Schlägertrupps, Geldzahlungen und Dorfentwicklungsprojekte einerseits und gewaltsame Angriffe gegen Personen, die sich gegen die Ölkonzerne wenden, und deren Besitz andererseits sind.

Paramilitärische terroristische Gewalt ohne Legitimation ist eine Strategie, die vom Staat sowie von bewaffneten Milizen im Niger-Delta angewendet wird. Im Februar drohte die wichtigste der Milizen, Movement for the Emancipation of the Niger Delta – MEND, mit einem Massaker, wenn die Erdölgesellschaften nicht bis Mitte des Monats ihre Aktivitäten einstellten. Daraufhin haben die Gewerkschaften die Produktion in Rivers State wegen der Gefahr für die Arbeiter bestreikt, was zum Stopp der Förderaktivitäten in diesem Bundesstaat führte. Im Jahresverlauf attackierte die Miliz mehrfach Pipelines und andere technische Einrichtungen und entführte ausländische Beschäftigte der Ölkonzerne. Auf der Seite des staatlichen Terrors sind die Joint Military Task Force (JTF) und die Mobile Police (MOPOL) als Täter zu nennen, deren Aktionen sich nicht nur gegen Milizen, sondern auch gegen protestierende Dorfgemeinschaften richten und bei denen häufig gänzlich Unbeteiligte getötet werden. Im Mai wurde sogar von Bombenabwürfen auf Städte durch die JTF berichtet.

Eine weitere Hauptdeterminante der nigerianischen Politik ist die zunehmende Politisierung von Religion und Ethnizität, die regelmäßig – vor allem im Middle Belt – zu politischer Gewalt führt. Immer wieder werden gerade im Umfeld von Wahlen das Schüren ethnischer Gegensätze, Gewalt und Vertreibungen zur Gewinnung von Mehrheiten in ethnisch inhomogenen Verwaltungseinheiten genutzt. Die Sharia-Gerichtbarkeit war von der politischen Elite des islamischen Nordens gezielt genutzt worden, um hinter diesem Thema den Norden politisch zu einen und dessen dominante Position in der Bundespolitik Nigerias zu erhalten. Dies hat allerdings zum Erstarren des politisierten islamischen Extremismus geführt, wie man auch am rapide steigenden Zuspruch zur Al-Qaida in Umfragen erkennen kann. Inzwischen hat sich mit Boko Haram eine in mehreren Bundesstaaten agierende Organisation gegründet, die im Juli die Bevölkerung terrorisierte – was etwa 800 Todesopfer forderte. Boko Haram begründet ihre Aktionen mit Rückgriff auf den Islam und fordert die Einführung der Sharia in allen Bundesstaaten Nigerias.

Im Januar 2009 begannen in Mali erneut bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen dem Militär und den Rebellen der Touareg. Die Offensive des Militärs richtete sich gegen die

Touareg-Gruppe von Ibrahim Ag Bahange, die das von der algerischen Regierung vermittelte Waffenstillstandsabkommen nicht unterzeichnet hatte. Sie folgte einem Anschlag auf Militärposten an der Grenze zu Mauretanien, für den diese Gruppe verantwortlich gemacht wurde, was aber nicht erwiesen ist. Bahange floh in der Folge nach Libyen und 600 Touareg-Rebellen gaben ihre Waffen ab. Inzwischen unterstützen einige der ehemaligen Rebellen-Gruppen die Regierung bei der Bekämpfung der Al Qaida im Islamischen Magreb (AQIM). Die AQIM ist historisch auf den algerischen Krieg 1991 bis 2002 gegen den politischen Islamismus zurückzuführen und hat sich erst 2006 der Al Qaida angeschlossen. In den westafrikanischen Ländern im Süden der Sahara ist die Gruppe vor allem durch Entführungen von Touristen bekannt. Mali erreicht es, mit der offiziellen Zielsetzung der Terrorismusbekämpfung, von den USA Mittel zur Ausrüstung der Armee zu erhalten. So finanzieren die USA US\$ 5 Mio. für den Kauf militärischen Gerätes. Angesichts eines Militärbudgets von ca. US\$ 70 Mio. ist dies für Mali kein geringer Betrag. Die bessere Ausrüstung bedeutet jedoch auch eine Stärkung des Militärs gegenüber zivilen politischen Kräften. Präsident Amadou Toumani Touré kommt aus den Reihen des Militärs und schreckte in der Vergangenheit nicht vor repressiven Maßnahmen gegen Zivilpersonen zurück. So hatte das offene regierungskritische Netzwerk Radio Kayira im März/April mit der ungerechtfertigten Verhaftung und juristischen Maßnahmen gegen dessen Direktor Oumar Mariko zu kämpfen. Es ist also Anlass gegeben, diese Aufstockung der militärischen Ausrüstung mit Sorge zu betrachten.

ÜBERSCHWEMMUNGEN IN DER REGENZEIT

Während der Hauptregenzeit (im europäischen Sommer) wurden 2009 viele westafrikanische Städte von Überschwemmungen heimgesucht, die etwa 70 Todesopfer forderten und 430.000 Menschen in die Obdachlosigkeit getrieben haben. Der zunehmend extrem verlaufende Wechsel zwischen langen Trockenperioden und abrupt einsetzenden gewaltigen und Überschwemmungen verursachenden Regenfällen wird allgemein auf den Klimawandel zurückgeführt. Oft spielt aber auch eine prekäre Infrastruktur, also schlechte Oberflächenabwasserbeseitigung bei gleichzeitig wachsender Flächenversiegelung, eine nicht unerhebliche Rolle.

Sekundäreffekte waren vielerorts vermehrt Stromausfälle. Im Fall des Senegals haben diese im Zusammenhang mit den Überschwemmungen zu sozialen Protesten in den Vorstädten von Dakar geführt.

Ende August bis Ende September kam es vor allem in den von vielen Armen bewohnten Vororten von Dakar, Rufisque, Pikine und Guediawaye, zu massiven Überschwemmungen. Die Nationalstraße, die die Vororte mit Dakar verbindet, war unpassierbar. Ursachen sind neben den starken Regenfällen, die mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht werden, das Wachstum der Bevölkerung der Vorstädte, die Armut und die unzureichende städtische Infrastruktur. Die Vororte liegen zum Teil in Niederungen und die Häuser sind auf Grundwasserniveau gebaut, die Flächenversiegelung durch Wohnhaus- und Straßenbau führt zudem zu unzureichender Wasserabsorption.

AUF STÜRMISCHER SEE MIT DEM HUT UNTERWEGS

GOODLUCK JONATHAN ÜBERNIMMT DAS RUDER IN NIGERIA

DER MANN MIT DEM HUT IST DA

Kurz nachdem er im Februar als kommissarischer Präsident die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, hat er das Kabinett seines Vorgängers Umaru Yar'Adua aufgelöst und ein neues zusammengestellt, obwohl Kritiker raunten, dass seine kommissarische Regierungsführung dies nicht erlaube und auch die Übertragung der Amtsgeschäfte an ihn sei nicht verfassungskonform. Entschiedenheit hat Goodluck Jonathan, der in der Öffentlichkeit meist einen Hut mit breiter Krempe trägt, damit bewiesen. Das kam im Land wie international gut an, denn bei einem Machtvakuum an der Regierungsspitze Nigerias rechneten viele mit Gewalt oder gar Militärputsch. Nigeria ist der bevölkerungsreichste Staat Afrikas, Erdölgigant und Armenhaus gleichermaßen.

Am 5. Mai verstarb Präsident Yar'Adua und tags drauf wurde Jonathan als Präsident eingeschworen. Nach knapp drei Monaten kommissarischer Amtsführung wird er das Amt aber weniger als ein Jahr innehaben. Turnusmäßig sind 2011 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen angesetzt, die spätestens im April stattfinden sollen. Und für diese Wahlen hat sich die herrschende Partei People's Democratic Party (PDP)

angeblich schon auf einen Kandidaten aus den (islamischen) Norden festgelegt, so dass der aus dem Niger-Delta stammende (christliche) Interimspräsident keine Chance auf die Fortführung der Amtsgeschäfte hätte. Dies ist jedoch noch keineswegs endgültig entschieden und gehört daher (noch) ins Reich der Spekulation.

Jonathan hat als einen der Schwerpunkte seiner Amtsführung den Kampf gegen die Korruption benannt. Vorschusslorbeeren erhält der 52-jährige momentan wie viele seiner Vorgänger, als sie ihr Amt antraten. Olusegun Obasanjo, der bereits schon mal Kopf einer Militärregierung war, führte als Zivilist 1999 bis 2007 eine Regierung, die inzwischen als «sehr korrupt» eingestuft wird (Kappel 2010). Er bleibt wichtiger Strippenzieher der Regierungspartei PDP. Auch die Regierung von Yar'Adua wird nicht besser eingeschätzt.

In Jonathans Biografie finden sich berufliche Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, bevor er 1998 in die Politik ging. Auf öffentlichen Druck deklarierte er nach Übernahme der Vize-Präsidentschaft 2007 sein Vermögen auf 8,5 Millionen US-Dollar (Wikipedia). Dabei hatte er nur knapp über ein Jahr als Gouverneur von Bayelsa eine politische Spitzenposition inne.

Es ist nichts Außergewöhnliches in Nigeria, im öffentlichen Amt schnell reich zu werden, doch begründet dies Zweifel an der Glaubwürdigkeit seines angekündigten Kampfes gegen die Korruption.

Den zweiten Schwerpunkt bilden Reparatur und Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Versorgung mit elektrischer Energie. Auch diesbezüglich handelte er noch in kommissarischer Amtsführung unverzüglich und legte dem Parlament einen Plan zur Kreditaufnahme bei der Weltbank vor. Auch schon Yar'Adua nahm neue Kredite auf und viel deutet darauf hin, dass sich in Nigeria ein neues Verschuldungsproblem anbahnt (Henshaw 2009), nachdem das Land 2005 weitgehend entschuldet wurde.

Sein dritter Schwerpunkt ist die Vorbereitung fairer Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011. Der erste Akt Jonathans hierzu war sowohl populär als auch richtig: er feuerte den Vorsitzenden der Wahlkommission Prof Maurice Iwu. Dessen Ersetzung hatte schon letztes Jahr die von Yar'Adua eingesetzte Untersuchungskommission zu Wahlfälschungen der Wahlen 2007 gefordert. Yar'Adua kam der Forderung jedoch nie nach. Jonathan steht davor, die Wahlkommission fast komplett neu besetzen zu können. Daran, wie unabhängig und handlungsfähig sie wird agieren können, wird sich die historische Bewertung der Amtszeit Jonathans später maßgeblich orientieren.

STÜRMISCHE SEE

Die Themen fairer Wahlen oder eines Kampfes gegen die offensichtlichsten Auswüchse der Korruption schwimmen lediglich an der Oberfläche von Nigerias flächendeckendem Ozean der politischen Unruhe. Tiefligender Antrieb der stürmischen See ist der Pfründekapitalismus. Nicht Mehrwertproduktion ist die Quelle kapitalistischer Akkumulation, sondern das Plündern staatlicher Kassen Quelle privater Bereicherung. Insbesondere deshalb hat der Ölreichtum statt zu Wohlstand zu Armut und Gewalt geführt.

Der Kampf um den Zugriff auf staatliche Pfründe ist meist die wahre Ursache für ethnisch oder religiös verbrämte Auseinandersetzungen. Vor allem im Middle Belt, einer ethnisch und religiös sehr heterogenen Region, die zudem noch geografisch zwischen den politischen Blöcken des Nordens und des Südens liegt, führt dies häufig zu Gewaltspiralen, die gerade im Vorfeld von Wahlen besonders starke Tornados bilden. Zum Wahlkampfrepertoire in Nigeria gehört bei allen Parteien die Zusammenarbeit mit militanten Gruppen und Milizen, sowohl im Middle Belt als auch im zweiten Hauptkriegsgebiet Nigerias, dem Niger-Delta. Das Mündungsdelta des wichtigsten Flusses in Westafrika ist Quelle des in Nigeria geförderten Erdöls, also schwarze Quelle aller zu verteilenden Pfründe. Neben willkürlicher staatlicher Gewalt agieren hier Milizen der Ölkonzerne, gegen die Ölkonzerne gerichtete Milizen, Ölpiraten und viele andere mehr, in wechselnden Allianzen untereinander und mit den bundesstaatlichen Regierungen des Deltas.

Für das Delta hatte Jonathan zum Jahreswechsel einen Waffenstillstand ausgehandelt. Das war seine wichtigste Leistung als Vizepräsident. Der Waffenstillstand hält zwar aktuell nicht, es wird Jonathan aber durchaus zugetraut, in seinem Amtsjahr als Präsident hier Fortschritte zu erreichen. Konkret heißt dies: einen nur labil verankerten, vorläufigen Frieden auf der Basis einer Neuverteilung der versilberten Erlöse des

schwarzen Goldes unter neuen und alten Eliten zu verhandeln. Nicht zu rechnen ist dabei allerdings mit einer Lösung der wahrhaft brennenden Probleme der lokalen Bevölkerung. Seit Jahrzehnten brennen Dörfer, d. h. es zerstört die Erdölförderung die sozialen Lebensgrundlagen im Delta durch von den Ölkonzernen und ihren staatlichen Alliierten unter der Bevölkerung geschürte Konflikte (Akpobari/Obodoekwe 2009). Seit Jahrzehnten brennen die Fackeln, mit denen das bei der Förderung entstehende assoziierte Erdgas verbrannt wird. Dies sowie Lecks in Leitungen und andere Verschmutzungen zerstören die natürlichen Lebensgrundlagen im Delta (Osuoka u. a. 2009).

Doch sind der Middle Belt und das Niger-Delta lediglich Regionen, in denen sich die allgegenwärtigen Probleme des Landes, weitverbreitete Armut und Perspektivlosigkeit und damit zunehmender und oft erbitterter Kampf von Armen um wenige Ressourcen, besonders gewalttätig äußern. Häufig strukturieren Ethnizität und religiöser Fanatismus (in Nigeria auf christlicher wie auf islamischer Seite gleichermaßen gewalttätig) diesen Kampf und verknüpfen ihn mit dem Kampf der herrschenden Klassen um territoriale politische Macht und damit Zugriff zu den Töpfen, aus denen sich das Pfründensystem nährt.

Das System der Rentenaneignung ist – um das politische System und die staatliche Einheit zu erhalten – schon in der Kolonialzeit dezentral angelegt und seitdem weiter dezentralisiert worden. So erhalten z. B. die Regierungen der 36 Bundesstaaten und die kommunalen Gebietskörperschaften (local government areas) festgelegte Anteile der Erdöleinnahmen, die insgesamt 95% der öffentlichen Haushalte ausmachen. Weil jede national bedeutende Oppositionspartei in einigen Bundesstaaten regiert, sind sie alle effektiv in den Mechanismus der Ausplünderung des Staates integriert und keine von ihnen ist interessiert daran, dieses System zu gefährden.

Die Machtgefüge sind durch die Dezentralisierung der Plündererei heterogener und diffuser geworden. Das ist vielleicht das wichtigste Merkmal der nun bereits zehn Jahre ununterbrochenen zivilen Herrschaft. Politische Macht ist in Nigeria deutlich weniger als in vielen anderen afrikanischen Staaten auf die Position des Staatspräsidenten konzentriert. In Nigeria ist sie multipolar. Die sich bekämpfenden Pole eint das gemeinsame Interesse am Erhalt des Pfründekapitalismus. Steht dieser in Frage, wie teilweise in den 1990er Jahren, agieren die politischen Eliten gemeinschaftlich (Kappel 2010). Die Handlungsmöglichkeiten des neuen Präsidenten sind also beschränkt. Selbst wenn man Bestes von ihm annimmt, wird er in dem Jahr, das ihm gegeben ist, nichts Grundlegendes ändern können. Das kann ein Personenwechsel an einer Machtposition in Nigeria nicht bewirken, auch wenn es sich um das höchste Amt im Staate handelt. Zaubern kann der Mann mit dem Hut nämlich nicht.

Statt Hoffnungen auf die eine oder andere Person zu setzen, geht es in Nigeria eher darum, die Quelle des Übels, den Pfründekapitalismus, zu bekämpfen. Dass dies durch von der Bevölkerung breit getragene soziale Bewegungen möglich ist, haben die 1990er Jahre mit der Kampagne für die Demokratie sowie den sozialen Bewegungen im Niger-Delta gezeigt. Heute sind diese inneren Kräfte für eine Veränderung jedoch geschwächt und schlecht untereinander vernetzt.

Claus-Dieter König leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für West-Afrika in Dakar/Senegal.

Quellen

Akpobari, Celestine und Obodoekwe, Steve (2009): Fueling Discord, Oil and Conflict in three Niger Delta Communities. Port Harcourt (Social Action). Henshaw, Ken (2009): Leaving the Debt.

Social Action Briefing No. 1. Port Harcourt. Kappel, Robert (2010): Nigeria: Die Instabilität wächst. GIGA Focus Nr. 2, Hamburg. Osuoka, Isaac u. a. (2009): Flames of Hell. Gas flaring in the Niger Delta. Port Harcourt (Social Action). Div. Nachrichtenquellen wie Africa Review, BBC News, Jeune Afrique, Pambazuka News, This Day, Vanguard, Voice of Africa, Wikipedia.

Die Reports von Social Action sind auf deren Website erhältlich: www.saction.org

STANDPUNKTE 2010

01/2010

INGEMAR LINDBERG:

Muster der Solidarität. Beispiele grenzüberschreitenden Widerstandes von Arbeiter/-innen und Gewerkschaften

02/2010

DIETHELM WEIDEMANN:

Der Konflikt in Afghanistan

03/2010

ARNE C. SEIFERT:

Für ein Ende des NATO-Krieges und eine politisch-diplomatische Regelung in Afghanistan

04/2010

BIRGIT DAIBER, CORNELIA HILDEBRANDT:

Für eine fortgesetzte Emanzipation der Linken

05/2010

PETER BIRKE:

Zwischen organizing und «sweetheart deals». Der Kampf um die Gewerkschaften in den USA

06/2010

LOTHAR BISKY:

Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität

07/2010

PETRA SITTE, TOBIAS SCHULZE:

Zurück in die Zukunft. Eine Eröffnungsbilanz schwarzer gelber Forschungs- und Innovationspolitik

08/2010

BERND HAHNFELD:

Die NATO und die Atomwaffen

09/2010

ALEXANDER S. NEU:

Linke Friedenspolitik und kollektive Sicherheit

10/2010

WOLFGANG WIPPERMANN:

Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende

11/2010

ARNE C. SEIFERT:

Politischer Islam in Zentralasien und Sicherheit im euro-asiatischen Raum

12/2010

Anforderungen an deutsche Friedenspolitik. Thesen zum Gesellschaftspolitischen Forum der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wiesbaden, 11. und 12. Juni 2010

13/2010

PAUL SCHÄFER UND JERRY SOMMER:

Plädoyer für eine andere Iran-Politik

14/2010

MARIO CANDEIAS:

Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit. Vom Exportismus und Wachstumsfetisch zu einer ökosozialistischen «Reproduktionsökonomie»

15/2010

ULRICH BUSCH:

Die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990: Bedeutung, Vollzug und Folgen

16/2010

JÖRG ROESLER:

Wie es zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)